

zu TOP

Mainz, 13.11.2015

Anfrage 1965/2015 zur Sitzung am 02.12.2015

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Derzeit suchen vermehrt Menschen aus unterschiedlichen Ländern Schutz vor Krieg und Verfolgung in Mainz. Unsere Stadt nimmt sie gerne auf. Bedingt durch die Situation in ihren Herkunftsländern und den langen, strapaziösen Fluchtweg bis nach Deutschland, haben Flüchtlinge teilweise mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Hier zu helfen ist eine humanitäre Pflicht, der die Stadt Mainz selbstverständlich nachkommt.

Nach dem derzeitigen Verfahren muss Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge wie z.B. Arztbesuche durch die zuständigen Behörden genehmigt werden.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie viele Arbeitsstunden werden in der Verwaltung geschätzt derzeit (pro Monat) benötigt, um den bürokratischen Aufwand für die Bewilligung von Arztbesuchen von Flüchtlingen zu bewältigen?
2. Wurde Personal eingestellt, um diese zusätzliche Arbeitsbelastung zu kompensieren? Wenn nein, wie konnte die zusätzliche Arbeitsbelastung durch das derzeitige Personal aufgefangen werden? Kommt es in diesem Bereich aufgrund der Bearbeitung von Anträgen zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen zur Anhäufung von Überstunden?
3. Ist eine Prüfung zur Bewilligung von Arztbesuchen von Flüchtlingen aus Sicht der Verwaltung sachlich gesehen sinnvoll? Wenn ja, hat das zur Prüfung eingesetzte Personal eine ausreichende medizinische Ausbildung, um die Notwendigkeit bzw. Nicht-Notwendigkeit eines Arztbesuches beurteilen zu können?
4. Welche Personalkosten (anteilmäßig) fallen etwa aufgrund des derzeitigen Verfahrens bei der Bewilligung von Gesundheitskosten für Flüchtlinge an?
5. Gibt es Wege der Verfahrensänderung, wie der Arbeitsaufwand innerhalb der Verwaltung und die damit verbundenen Kosten gesenkt werden können, ohne dass es dabei zu Abstrichen in der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen kommt?
6. Würde eine Änderung der gewohnten Praxis, die keine amtliche Genehmigung zum Arztbesuch vorsieht zu einer wesentlichen Entlastung in diesem hochverdichteten Arbeitsbereich führen?

7. Welche Erkenntnisse liegen der Verwaltung über Folgekosten durch verschleppten Behandlungsbeginn vor?

Christian Viering
(Mitglied des Stadtrats)